Landkreis Ebersberg **14. Wahlperiode 2014-2020/KSA/02. Kreis- und Strategieausschuss**

Protokoll

02. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses mit öffentlichem und nichtöffentlichem Teil

am Montag, 06.10.2014 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg

Beginn: 16:00 Uhr Ende: 18:35 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Gabriele Huber

Anwesend sind:

CSU-FDP-Fraktion

Brilmayer, Walter
Huber, Thomas
Müller, Alexander
Ockel, Udo
Scheller, Tobias
Wagner, Martin

SPD-Fraktion

Hingerl, Albert	abwesend ab 17:48 Uhr, ab TOP 16 ö
Platzer, Elisabeth	Vertreterin von Herrn Dr. Ernst Böhm

Freie Wähler-Fraktion

Reitsberger, Georg

GRÜNE-Fraktion

Gruber, Waltraud
Oellerer, Reinhard

AG AfD-BP-ödp

Eckert, Christian	Vertreter von Frau Johanna Weigl-Mühlfeld

Abwesend sind:

SPD-Fraktion

Böhm, Ernst Dr.	vertreten durch Frau Elisabeth Platzer

AG AfD-BP-ödp

Weigl-Mühlfeld, Johanna	vertreten durch Herrn Christian Eckert

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen

TOP 3 Bestellung des stellvertretenden Kassenleiters gem. Art. 86 LKrO
Vorlage: 2014/2193

TOP 4 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Landkreises Ebersberg mit Ergebnisverwendung
Vorlage: 2014/2171

TOP 5 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Sondervermögens Kreisklinik
Vorlage: 2014/2167

TOP 5.1 Jahresabschluss 2011 des Landkreises Ebersberg mit Sondervermögen Kreisklinik; Entlastung
Vorlage: 2014/2259

TOP 6 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gGmbH in 2011
Vorlage: 2014/2168

TOP 7 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gGmbH in 2012
Vorlage: 2014/2169

TOP 8 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService GmbH in 2011
Vorlage: 2014/2172

TOP 9 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Cliniservice Ebersberg GmbH in 2012
Vorlage: 2014/2170

TOP 10 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der GBEG VerwaltungsGmbH und der GBEG mbH & Co. KG in 2010 und 2011
Vorlage: 2014/2173

TOP 11 Finanzleitlinie Kommunales Schuldenmanagement; Halbjahresbericht
Vorlage: 2014/2189

TOP 12 Informationen über die Haushaltsentwicklung 2014
Vorlage: 2014/2190

TOP 13 Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2015
Vorlage: 2014/2191

TOP 14 Auslagerung von Aufgaben in Firmen oder Kommunalunternehmen;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2014
Vorlage: 2014/2240

TOP 15 Verfahren zur Ermittlung der Eckwerte;
Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.08.2014
Vorlage: 2014/2239

TOP 16 Jahresabschluss 2013 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg
Vorlage: 2014/2186

TOP 17 Beteiligungsmanagement; CliniService Ebersberg GmbH an der Kreisklinik
Vorlage: 2014/2246

TOP 18 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

TOP 19 Informationen und Bekanntgaben; Mandatsverlust von KR Alois Speckbacher

TOP 20 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

TOP 21 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung

Landrat Robert Niedergesäß begrüßte die Mitglieder des Kreis- und Strategieausschusses und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Niederschrift der 01. Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 14.07.2014 gab es keine Einwände, damit erklärte Landrat Robert Niedergesäß die Niederschrift als genehmigt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen

keine

TOP 3	Bestellung des stellvertretenden Kassenleiters gem. Art. 86 LKrO

2014/2193 SFC / Kasse/ Orga

An der Beratung nahmen teil: Toni Prietz, Mitarbeiter der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Stefan Madl, Leiter der Kreiskasse Ebersberg

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und erläuterte, dass Herr Toni Prietz zum 01.11.2014 als stellvertretender Leiter der Kreiskasse gem. Art. 86 Abs. 2 Satz 1 LKrO bestellt werden soll.

Gemäß GeschO-KT §§ 29 und 34 sei für die Bestellung der Kreis- und Strategieausschuss zuständig.

Herr Prietz stellte sich dem Gremium kurz vor und Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Herr Toni Prietz wird mit Wirkung zum 01.11.2014 als stellvertretender Kassenleiter der Kreiskasse Ebersberg bestellt.

einstimmig angenommen

TOP 4	Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Landkreises Ebersberg mit Ergebnisverwendung

2014/2171	BL/RePrüf2011
Vorberatung	Rechnungsprüfungsausschuss-Ausschuss am 09.12.2013, TOP 2
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Wie in der Fraktionssprechersitzung vereinbart, habe er den Prüfbericht zweifach für dieses Gremium zur Einsichtnahme ausgelegt.

Das Revisionsamt habe den Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg (§ 80 Abs. 1 KommHV-Doppik) für das Haushaltsjahr 2011 entsprechend Art. 89 Abs. 3 LKrO umfassend als Sachverständiger geprüft.

Der Rechnungsprüfungsausschuss (RPA) habe sich in seiner Sitzung intensiv mit dem Bericht beschäftigt und komme zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer doppelter kommunaler Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der dauernden Leistungsfähigkeit des Landkreises Ebersberg vermittle.

Folgende wesentliche Feststellungen aus dem Bericht seitens der Verwaltung seien jedoch erwähnt:

- Bei verschiedenen Vermögensgegenständen der Kostenstellen 040 (Sondervermögen Kreisklinik Ebersberg) und 041 (Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH) fehlten die Planansätze hinsichtlich der Abschreibungen, was 2011 zu einer erheblichen ungeplanten Verschlechterung des Ergebnisses geführt habe. Diese Problematik tangiere auch die Folgejahre 2012 und 2013, erst ab dem Haushaltsjahr 2014 seien entsprechende Haushaltsansätze eingestellt.
- Die Offene-Posten-Liste in der Kreditorenbuchhaltung weiche in darin ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber allen angelegten Kreditoren um 297.940,22 € vom entsprechenden Buchungsstand in der Finanzbuchhaltung (Kontenplan) ab. Die Differenz ergebe sich aufgrund verschiedener nur auf den Sachkonten, nicht jedoch auf den Kreditoren erfolgten Buchungen, welche in der Finanzbuchhaltung nach wie vor als offene Verbindlichkeiten dargestellt würden.

Es hätten sich aber **keine** gravierenden Beanstandungen ergeben, die sich negativ auf die Feststellung des Jahresabschlusses bzw. die Erteilung der Entlastung auswirken würden.

Der Empfehlungsbeschluss des RPA erfolgte einstimmig.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Auf Grund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Landkreises Ebersberg für das Haushaltsjahr 2011 mit den auf den Seiten 71, 73 bis 74 und 76 bis 77 des Berichts vom 19.11.2013 ausgewiesenen Summen gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage Nr. 1 zur Niederschrift.

einstimmig angenommen

TOP 5 Feststellung des Jahresabschlusses 2011 des Sondervermögens Kreisklinik

2014/2167	BL/RePrüf2011
Vorberatung	Rechnungsprüfungsausschuss-Ausschuss am 08.04.2014, TOP 2
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Das Revisionsamt habe den Jahresabschluss 2011 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2011 entsprechend Art. 89 Abs. 3 LKrO umfassend als Sachverständiger geprüft und legte mit Datum 27.01.2014 den Bericht hierüber vor. Der Bericht wurde im Rechnungsprüfungsausschuss mit einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss behandelt.

Wesentliche Prüfungsfeststellungen haben sich **nicht** ergeben. Das Sondervermögen habe sich zu einer reinen „Abschreibungsgesellschaft“ entwickelt, in der nur noch Vermögensbuchungen bis einschließlich BA 3b abgewickelt würden, während der komplette laufende Klinikbetrieb in der GmbH angesiedelt sei.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Rechnungsprüfung wird der Jahresabschluss des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg für das Wirtschaftsjahr 2011 mit den auf den Seiten 21 bis 23 des Berichts vom 27.01.2014 ausgewiesenen Summen gem. § 9 Abs. 1 der Verordnung über die Wirtschaftsführung der kommunalen Krankenhäuser (WkKV) i.V.m. Art. 88 Abs. 3 LKrO festgestellt.

Diese Abschlusszahlen sind Bestandteil dieses Beschlusses und Anlage Nr. 2 zur Niederschrift.

einstimmig angenommen

Der Punkt 5.1 ö; „Jahresabschluss 2011 des Landkreises Ebersberg mit Sondervermögen Kreisklinik; Entlastung“ wurde am 30.09.2014 geladen und lag dem Gremium als Tischvorlage vor. Landrat Robert Niedergesäß erkundigte sich nach Einwänden diesen Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen. Nachdem kein Einwand erhoben wurde, konnte dieser Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Landrat Robert Niedergesäß teilte mit, dass er bei diesem TOP an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehme, da er der Verwaltung vorstehe und somit persönlich beteiligt sei. Der stellvertretende Landrat Walter Brilmayer übernahm den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 5.1	Jahresabschluss 2011 des Landkreises Ebersberg mit Sondervermögen Kreisklinik; Entlastung

2014/2259 BL/RePr2011

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Stellvertretender Landrat Walter Brilmayer rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Entsprechend Art. 88 Abs. 3 LKrO habe nach der Durchführung der örtlichen Prüfung und der Feststellung der Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen 2011 des Landkreises und seines Sondervermögens die Beschlussfassung über die Erteilung der Entlastung zu erfolgen.

Durch die Entlastung werde zum Ausdruck gebracht, dass der Kreistag mit der Abwicklung der Finanzwirtschaft im betreffenden Haushaltsjahr einverstanden sei, die Ergebnisse billige und auf haushaltsrechtliche Einwendungen verzichte.

Durch die Entlastung werde ein Vertrauensvotum ausgesprochen; es sei die Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen Landrat und Kreistag.

Stellvertretender Landrat Walter Brilmayer ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landkreisverwaltung wird gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO für die Haushaltsführung im Jahr 2011 die Entlastung erteilt.

einstimmig angenommen

Die Abstimmung und Beratung erfolgte, wegen persönlicher Beteiligung, ohne Landrat Robert Niedergesäß gem. Art. 43 Abs. 1 und Art. 32 LKrO und §§ 8 und 20 GeschO – KT.

TOP 6	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gGmbH in 2011

2014/2168

Vorberatung Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.04.2014, TOP 4

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß übernahm wieder den Vorsitz und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Das Revisionsamt habe nach Art. 92 Abs. 4 LKrO die Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH im Jahr 2011 unter Beachtung kaufmännischer Grundsätze geprüft. Der Bericht vom 15.11.2013 wurde in o.g. Sitzung mit einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss behandelt.

Der Betätigungsbericht betrachte das ordnungsgemäße Handeln des Alleingesellschafters Landkreis Ebersberg und prüft nicht hinein in die wirtschaftliche Tätigkeit der Kreisklinik.

Die Betätigungsprüfung ergab insgesamt keine Anhaltspunkte für Versäumnisse gegen Vorschriften des kommunalen Wirtschaftsrechts, der Satzung der Gesellschaft sowie der Beschlüsse der kommunalen Gremien. Der Landkreis Ebersberg habe die ihm als Alleingesellschafter zustehenden Rechte ordnungsgemäß und ausreichend wahrgenommen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH für das Jahr 2011 vom 15.11.2013 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 7	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gGmbH in 2012

2014/2169	BL/RePrüf2012
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.04.2014, TOP 5
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und verwies auf die falsche Jahreszahl des genannten Berichtes in der versandten Sitzungsvorlage. Der Bericht war vom 03.02.2014.

Herr Neugebauer erläuterte den Sachverhalt der Sitzungsvorlage.

Das Revisionsamt habe nach Art. 92 Abs. 4 LKrO die Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH im Jahr 2012 unter Beachtung kaufmännischer Grundsätze geprüft. Der Bericht vom 03.02.2014 wurde in der Sitzung mit einem einstimmigen Empfehlungsbeschluss behandelt.

Der Betätigungsbericht betrachte das ordnungsgemäße Handeln des Alleingesellschafters Landkreis Ebersberg und prüft nicht hinein in die wirtschaftliche Tätigkeit der Kreisklinik.

Die Betätigungsprüfung ergab insgesamt keine Anhaltspunkte für Versäumnisse gegen Vorschriften des kommunalen Wirtschaftsrechts, der Satzung der Gesellschaft sowie der Beschlüsse der kommunalen Gremien. Der Landkreis Ebersberg habe die ihm als Alleingesellschafter zustehenden Rechte ordnungsgemäß und ausreichend wahrgenommen.

Die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises in der Gesellschaft sei aus Sicht des Revisionsamtes weiterhin erforderlich.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH für das Jahr 2012 vom 03.02.2014 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 8	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService GmbH in 2011

2014/2172	BL/RePrüf2011
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 09.12.2013, TOP 5
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Alle Erkenntnisse aus der Betätigungsprüfung sowie die wesentlichen Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung durch die Wirtschaftsprüfer finden sich im Prüfungsbericht vom 14.11.2013.

Die Betätigungsprüfung ergab insgesamt keine Anhaltspunkte für Versäumnisse bzw. Verstöße gegen Vorschriften des kommunalen Wirtschaftsrechts oder die Satzung der Gesellschaft. Der Landkreis Ebersberg habe seine ihm über die Muttergesellschaft (Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH) zustehenden Rechte und Einflussmöglichkeiten ordnungsgemäß wahrgenommen.

Wesentliche Einzelfeststellungen haben sich **nicht** ergeben. Art und Umfang des Betriebes können weiterhin als angemessen i.S.d. Art. 75 LKrO angesehen werden.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) für das Jahr 2011 vom 14.11.2013 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 9	Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der Cliniservice Ebersberg GmbH in 2012

2014/2170	BL/RePrüf2012
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 08.04.2014, TOP 6
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der den Sachverhalt der Sitzungsvorlage erläuterte.

Alle im Rahmen der Betätigungsprüfung gewonnenen Erkenntnisse sowie die wesentlichen Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung durch die Wirtschaftsprüfer finden sich im Prüfungsbericht vom 14.01.2014

Die Betätigungsprüfung ergab insgesamt keine Anhaltspunkte für Versäumnisse bzw. Verstöße gegen Vorschriften des kommunalen Wirtschaftsrechts oder die Satzung der Gesellschaft. Der Landkreis Ebersberg habe seine ihm über die Muttergesellschaft (Kreisklinik Ebersberg gemeinnützige GmbH) zustehenden Rechte und Einflussmöglichkeiten ordnungsgemäß wahrgenommen.

Der Empfehlungsbeschluss des Rechnungsprüfungsausschusses war einstimmig.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der CliniService Ebersberg GmbH (CSE) für das Jahr 2012 vom 14.01.2014 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 10 Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der GBEG VerwaltungsGmbH und der GBEG mbH & Co. KG in 2010 und 2011

2014/2173	BL/RePrüf2010/11
Vorberatung	Rechnungsprüfungs-Ausschuss am 09.12.2013, TOP 6
An der Beratung nahmen teil:	Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat
	Jutta Plischke, Leiterin Stabsstelle Revisionsamt

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Herrn Neugebauer, der dem Gremium den Sachverhalt der vorliegenden Tischvorlage erläuterte.

Die Geschäftstätigkeit beider Gesellschaften sei nach wie vor gering. Im Moment würden nur noch Flächen in der Gemeinde Poing gehalten. Weitere Geschäfte seien weder angemeldet noch geplant.

Eine Auflösung der Gesellschaften bzw. eine evtl. Übernahme durch die Gemeinde Poing werde durch die Gesellschafter vorerst bis Ende 2014 nicht angestrebt.

Aus Sicht des Revisionsamtes seien keine Punkte ersichtlich, die gegen eine weitere Zulässigkeit der Beteiligung des Landkreises Ebersberg an den beiden Gesellschaften sprechen.

Der Empfehlungsbeschluss des Rechnungsprüfungsausschusses am 09.12.2013 war einstimmig.

Auf die Anmerkung aus dem Gremium, dass seit dem Jahr 2011 keine Sitzung der Gesellschafter mehr stattgefunden habe, antwortete Landrat Robert Niedergesäß, dass für die nächste Woche eine Sitzung geplant sei und künftig die Terminierung der Sitzungen konsequent verfolgt werde.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Bericht über die Prüfung der Betätigung des Landkreises Ebersberg bei der GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg Verwaltungs-GmbH und der GBEG Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungsgesellschaft Ebersberg mbH & Co. KG für die Jahre 2010 und 2011 vom 13.11.2013 wird zur Kenntnis genommen.

einstimmig angenommen

TOP 11 Finanzleitlinie Kommunales Schuldenmanagement; Halbjahresbericht

2014/2189	SFC / Finanzleitlinie / Halbjahresbericht
Vorberatung	Kreis- und Strategieausschuss am 07.04.2014, TOP 4 Ö
An der Beratung nahmen teil:	Brigitte Keller, Leiterin Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die zur Erläuterung des Sachverhalts eine Präsentation vorbereitet hatte.

Kreis-und Strategieausschuss am 6.10.2014 TOP 11 ö
Finanzleitlinie Kommunales Schuldenmanagement; Halbjahresbericht

Vorbemerkung Finanzleitlinie
2 x im Jahr Berichterstattung im KSA
Die 5 Warnindikatoren werden dabei thematisiert und zusätzlich im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung



Dies soll gewährleisten, dass die Warnindikatoren stets in die zu treffenden Entscheidungen einbezogen werden.

Restschuld am 31.08.2014

Nummer	Zinssatz	Zinsbindung bis	Vertragslaufzeit	Restschuld am 31.08.2014
DARL0001	4,65	30.06.2028	30.06.2028	4.172.526,63
DARL0005	4,37	30.12.2018	30.12.2018	230.081,45
DARL0016	2,83	30.03.2024	30.12.2026	4.427.750,75
DARL0017	2,83	30.03.2024	30.12.2026	254.566,27
DARL0060	5,16	30.09.2019	30.09.2019	939.498,81
DARL0061	3,06	30.12.2027	30.12.2027	3.375.000,00
DARL0064	3,97	30.09.2019	30.09.2019	2.437.950,48
DARL0065	1,15	15.02.2019	15.02.2019	720.940,00
DARL0067	4,35	15.02.2024	15.02.2029	1.760.723,00
DARL0068	1,36	15.02.2020	15.02.2020	609.849,00
DARL0070	0,00	13.11.2021	13.11.2021	2.743.800,00
DARL0071	1,15	24.04.2015	30.04.2032	8.875.000,00
DARL0072	0,45	15.11.2015	20.11.2032	6.387.500,00
DARL0073	0,91	30.12.2017	30.12.2028	4.531.250,00
DARL0074	0,76	30.01.2016	08.02.2033	7.400.000,00
DARL0076	0,68	30.06.2016	30.12.2028	7.000.000,00
Summe				**55.866.436,39**

Seit der letzten Berichterstattung haben sich die Schulden des Landkreises **um 1.346.131,40 € durch Tilgung reduziert.**

Veränderungen seit April 2014
Es wurde kein weiterer Kredit aufgenommen.
EZB senkt Zinsen weiter auf 0,05 %, damit sind Zinsen quasi abgeschafft!
Folgen dieser Zinspolitik:

- angespartes Vermögen verliert täglich an Wert
- das wirkt sich nachteilig auf die Altersversorgungen aus
- die Sozialausgaben der öffentlichen Hand werden sich folglich weiter erhöhen
- die erhöhten Sozialausgaben werden über kurz oder lang zu höheren Steuern führen

Schuldenentwicklung in Obb.
Die Schulden des Landkreises betragen derzeit rd. 420 € pro Einwohner. Sie liegen damit weiterhin deutlich über dem Landesdurchschnitt bei der Landkreisverschuldung von 295 € pro Einwohner (Stand: 31.12.2012).
Die durchschnittliche Verschuldung Oberbayerns hat sich seit dem letzten Jahr um 9 € pro Einwohner erhöht, während sich die Verschuldung in Ebersberg um 16 € pro Einwohner reduzierte.
Damit ist der Abstand geringer geworden.

Entwicklung der Verschuldung
Die Haushalts- und Investitionsplanung für den Haushalt 2015 mit Finanzplanung bis 2018 wird derzeit erstellt.
In der 1. Haushaltslesung am 10.11.2014 wird die überarbeitete Entwicklung der Verschuldung vorgestellt werden können.
Die Kreditermächtigung für 2014 in Höhe von 12 Mio € wurde bisher nicht in Anspruch genommen, sie wird 2014 mit Sicherheit nicht in voller Höhe, möglicherweise überhaupt nicht benötigt.
Hintergrund ist, dass 2014 der Abfluss der geplanten Investitionen deutlich hinter den Planungen zurückliegt.
Folge wird sein, dass die beabsichtigte Kreditaufnahme für 2015, die derzeit 5 Mio € beträgt, nicht ausreichend sein wird.

Entwicklung der Zinssicherung

2007	54.611	2011	612.300
2008	339.140	2012	400.000
2009	222.999	2013	63.204
2010	367.590	2014 bisher	40.083
Summe	**984.340**	**Summe**	**2.099.927**

Angesichts der anhaltend niedrigen Zinsen gab es bei der Zinssicherung keine Bewegung. Dennoch konnten gegenüber den Grundgeschäften Zinsrückerstattungen in Höhe von 40.000 € generiert werden.

5 Warnindikatoren der Finanzleitlinie
1. **Warnindikator Schuldenabbau**
2. **Warnindikator Ergebnisüberschuss**
3. **Warnindikator Schuldendienst**
4. **Warnindikator Schuldenstand**
5. **Warnindikator Eigenfinanzierungsanteil**

S. Seite 3 Sitzungsvorlage.
Alle Warnindikatoren werden sich mit dem Jahresabschluss 2014 weiter verbessern, weil schon jetzt sicher ist, dass die Kreditaufnahmen 2014 deutlich unter der Planung liegen – vielleicht sogar ganz entbehrlich sein werden.

Auswirkungen auf den Haushalt
Es wurden bisher Zinsrückerstattungen in Höhe von 40.000 € generiert, veranschlagt sind 100.000 €.
Der Halbjahresbericht zur Leitlinie des Kreistags für das Kommunale Schuldenmanagement des Landkreises Ebersberg wird zur Kenntnis genommen.

Frau Keller erklärte, dass der Kreis- und Strategieausschuss den nächsten Halbjahresbericht in seiner Sitzung im April 2015 erhalten werde.

Der Kreis- und Strategieausschuss hat Kenntnis genommen.

TOP 12 Informationen über die Haushaltsentwicklung 2014

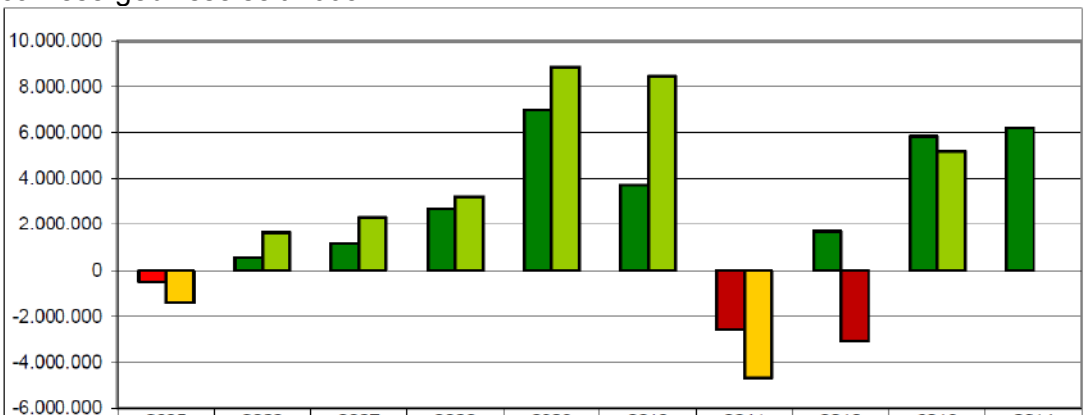
2014/2190 SFC / HH 2014 / HHentwicklung

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die zur Erläuterung des Sachverhalts eine Präsentation vorbereitet hatte.

Kreis-und Strategieausschuss am 6.10.2014 TOP 12 ö
Informationen über die Haushaltsentwicklung 2014

Jahresergebnisse seit 2005

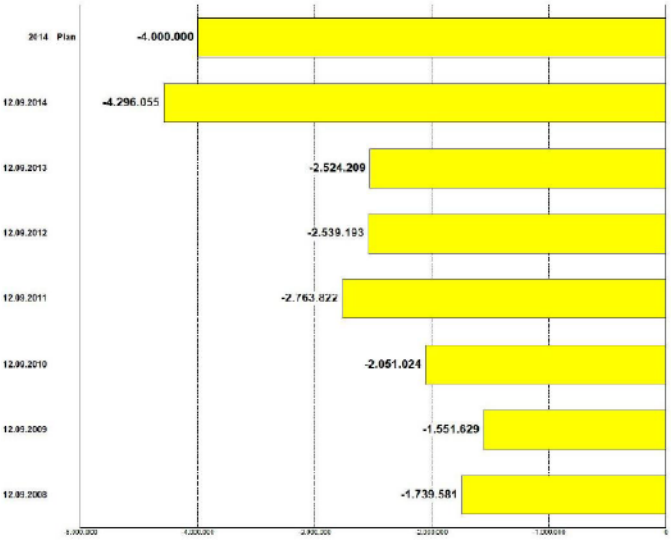


	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Plan	-513.009	568.681	1.165.773	2.710.909	7.033.570	3.722.969	-2.557.92	1.683.744	5.861.220	6.206.250
IST	-1.383.05	1.653.903	2.326.845	3.232.346	8.842.487	8.454.893	-4.686.09	-3.070.73	5.207.404	

Das Ergebnis 2013 ist deutlich positiv – die Umkehr zu positiven Jahresergebnissen ist gelungen.
Das wird sich 2014 fortsetzen, damit sind wieder Ansparungen für Investitionen möglich.

Entwicklung des Ergebnisses 2014
Die Erträge sind um 3 % höher realisiert als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.
Die Aufwendungen liegen auf dem Stand des Vorjahres.
Beides Indizien, dass der Landkreishaushalt „auf Kurs“ ist.

Grunderwerbssteuer



Es fehlen noch 4 Monatseingänge, die Entwicklung liegt auf einer nie da gewesenen und auch nicht für möglich gehaltenen Höhe.

Bis zum Jahresende könnten weitere rund 1,5 Mio € an Grunderwerbssteuer eingehen.

Bis Jahresende könnte der Planansatz um 1,8 Mio € überschritten werden.

Unter anderem wurden folgende Punkte zur Folie „Grunderwerbssteuer“ angesprochen:

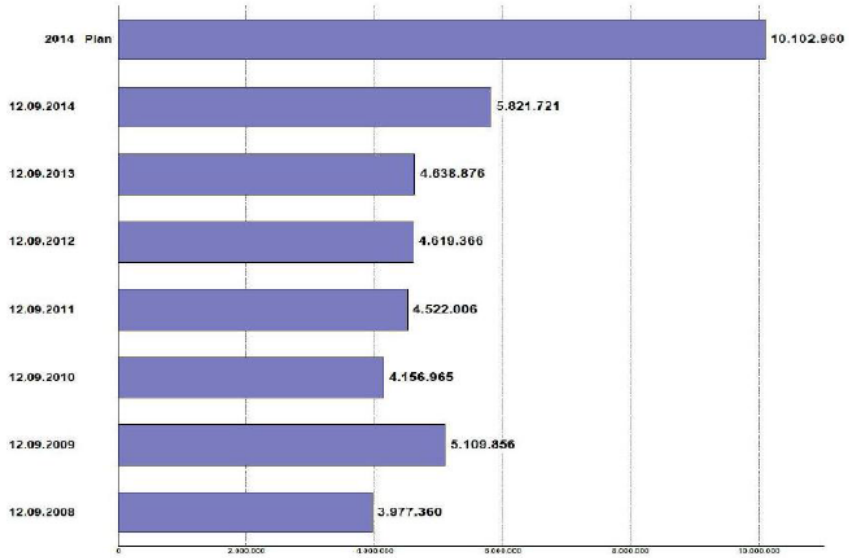
Dank von Landrat Robert Niedergesäß an die Gemeinden, da der Kreis durch die Grundstücksentwicklung der Gemeinden über die Grunderwerbssteuer profitiere.

Anmerkung darauf, dass sich auch die Sozialausgaben durch mehr Anwohner und die steigenden Kosten der Unterkunft erhöhen werden, daher könne der Jubel nur eingeschränkt ausfallen.

Dem wurde aus dem Gremium entgegnet, dass es für den Landkreis gut sei, wenn er Wachstum und eine geringe Arbeitslosigkeit habe.

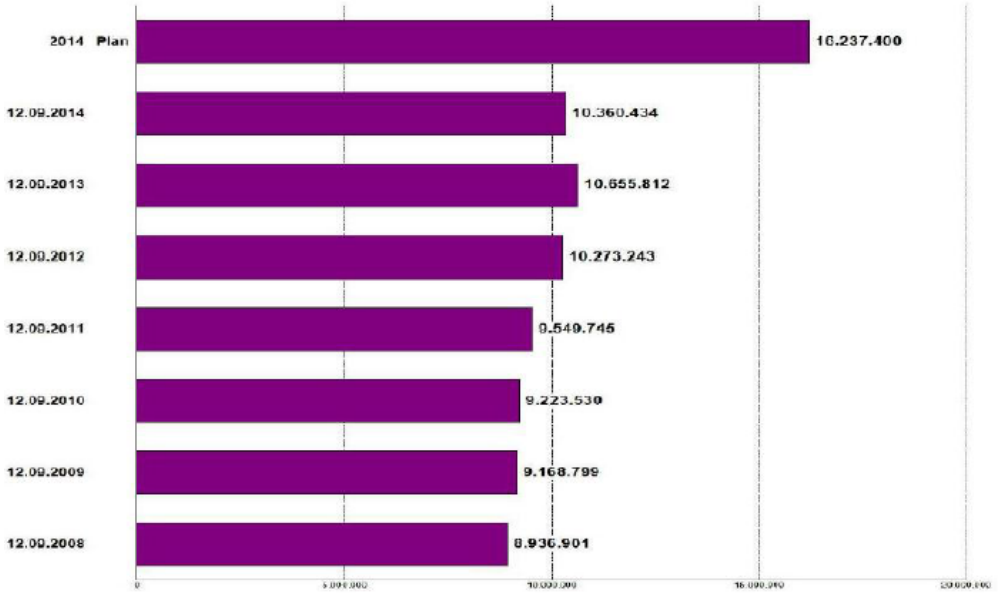
Um den steigenden Sozialausgaben entgegenzuwirken, wurde aus dem Gremium auf die in 10 Jahren geplanten 1000 neuen Sozialwohnungen und dem demografischen Gesamtkonzept, das derzeit erarbeitet werde, hingewiesen.

Ergebnisentwicklung Liegenschaften



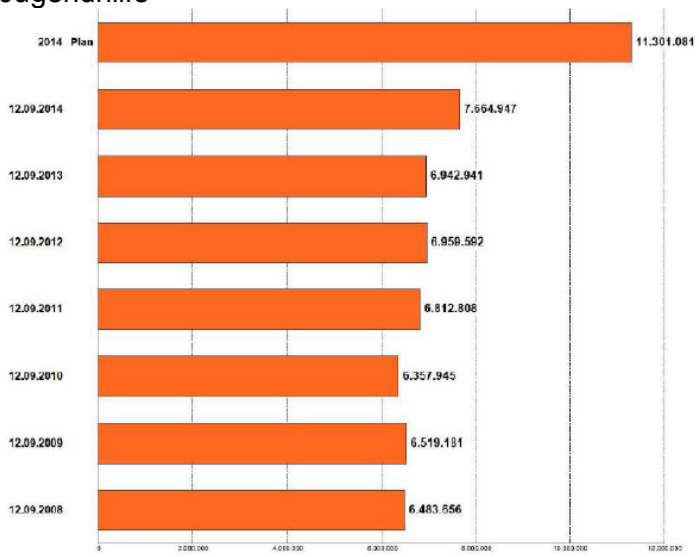
Die Mittel 2014 werden nach heutiger Kenntnis abfließen – Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in den Sommerferien.

Personalaufwendungen



Die Hochrechnung ergibt, dass die Mittel knapp überschritten werden (rd. 70.000 €). Problem: Rückstellungen im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten sind derzeit nicht geplant.

Jugendhilfe

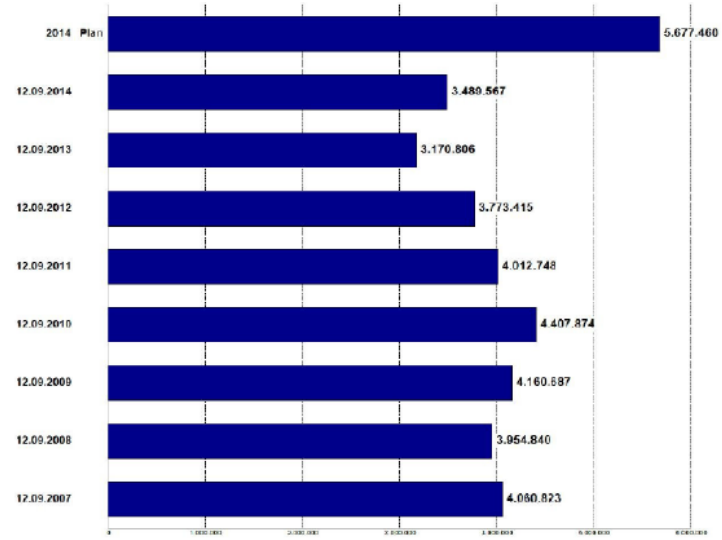


Das Teilbudget wurde gegenüber dem Vorjahr um über 500.000 € erhöht. Zum Zwischenbericht wurde eine Planüberschreitung in Höhe von 700.000 € angekündigt.

Die Überschreitung hat sich früh angedeutet - sie kann aus der positiven Grunderwerbssteuer finanziert werden.

Frau Keller informierte über die Erhöhung in der Jugendhilfe; diese sei durch die stationären Hilfen und die Schulbegleitung bedingt.

Unterkunftskosten Jobcenter



Die Planeinhaltung wird nicht gelingen.

Unterkunftskosten pro Bedarfsgemeinschaft steigen höher als geplant.

Jahresø 2013: 420 €

Jahresø 2014: 432 €

12 € / Jahr bei 1.080 BG = + 156.000 €

Es wird mit einer Überschreitung in Höhe von 200.000 € gerechnet.

Handlungsbedarf KdU

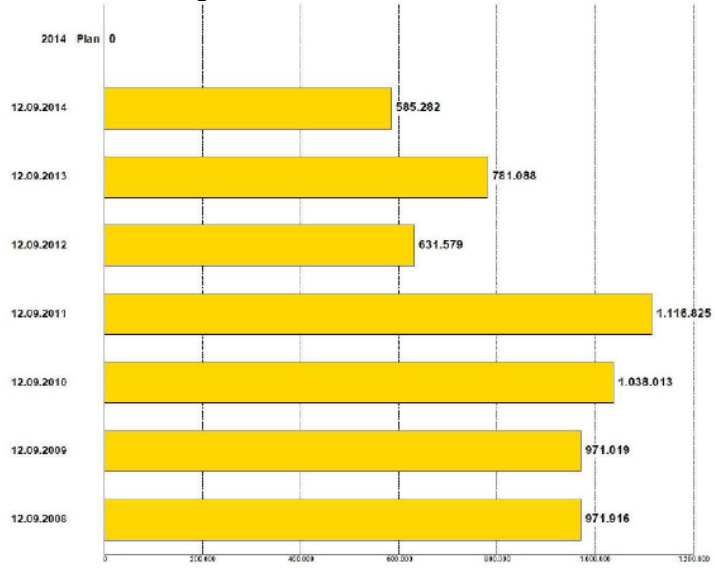
Hinweis: Der Teilhaushalt 2015 des SFB-Ausschusses wird um 900.000 € über dem Eckwert liegen. Ursache ist auch die Entwicklung bei der KdU sowie steigende Fallzahlen (+ 400.000 €).

Die Fallzahlen steigen, weil der sogenannte Problemdruck-Indikator (PDI) die Eingliederungsmittel des Bundes von 1,2 Mio (2010) auf weniger als 300.000 € (2014) abschmolz.

Dies löst deutlichen politischen Handlungsbedarf aus. Herr Landrat Niedergesäß hat das Thema über den Freistaat Bayern bis zum Bund aufgegriffen, das Thema wurde im Koalitionsvertrag der großen Koalition zur Lösung schriftlich konkret fixiert, 2015 ist aber noch keine Verbesserung in Sicht.

Dem besorgniserregenden schwierigen Wohnungsmarkt wird mit dem neuen Förderprogramm „1000 Sozialwohnungen in 10 Jahren“ begegnet, das noch in diesem Jahr auf den Weg gebracht werden wird.

Grundsicherung



Letztmalig wird in dieser Form berichtet, weil der Bund 100 % der Kosten trägt.

Ab 2015 wird über die Entwicklung der Ausgaben (des Bundes) berichtet.

Die Kosten der Grundsicherung werden 2014 eine Höhe von über 2,2 Mio € erreichen.

Grundsicherung – Wegfall führt nicht zu einer Entlastung bei den Sozialausgaben des Landkreises
Die Sozialausgaben des Landkreises sind von 2012 auf 2014 um über ½ Mio € gestiegen, von 13,2 Mio € auf 13,7 Mio €.

Müsste der Landkreis die Grundsicherung heute noch übernehmen, wären die Sozialausgaben nochmal um über 2,2 Mio € höher.

Auswirkungen auf den Haushalt
Die Einhaltung der Planung wird prognostiziert obwohl die sozialen Teilbudgets teilweise deutlich steigen werden.
Die Kompensierung erfolgt über die allgemeine Finanzwirtschaft, denn die Grunderwerbssteuer entwickelt sich deutlich positiv und auch die Schlüsselzuweisungen fallen 1,4 Mio € höher als geplant aus.

Frau Keller werde dem Kreis- und Strategieausschuss im nächsten Jahr wieder in dieser Form berichten.

Der Kreis- und Strategieausschuss hat Kenntnis genommen.

TOP 13 Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2015

2014/2191 SFC / HH 2015 / Warteliste

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling
Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller, die den Sachinhalt mit einer Präsentation erläuterte.

Kreis-und Strategieausschuss am 6.10.2014 TOP 13 ö
Haushalt und Finanzleitlinie; Warteliste 2015

Finanzleitlinie des Kreistages
Jährlich wird eine Warteliste erstellt, in der alle Maßnahmen aufgelistet werden, die mangels Finanzierbarkeit zunächst nicht in den Haushalt eingestellt werden.
Diese Warteliste erklärt der Kreistag zur Anlage der Finanzleitlinie.
Alle Investitionen, die über 200.000 Euro kosten, kommen zunächst auf die Warteliste, der Kreistag legt im Oktober fest, ob sie im Haushalt eingeplant werden.

Erläuterung zum Farbkonzept
Die Warteliste verwendet die gleichen Farben wie der Haushalt, dabei gilt:

Blau = Kreis- und Strategieausschuss
rosa = Jugendhilfeausschuss
Gelb = FSK-Ausschuss
Grau = LSV-Ausschuss
Grün = ULV-Ausschuss

Ausgangssituation
Das Investitionsvolumen des Haushaltsentwurfs 2015 liegt zum derzeitigen Planungsstand deutlich über der Finanzplanung des Jahres 2014, das Volumen wird – anstatt der geplanten rd. 5,7 Mio € bei annähernd 20 Mio € liegen.
Der Plan, 2015 mit „nur“ 5 Mio € neuen Krediten auszukommen, ist noch einzuhalten.
Andererseits wurde in diesem Jahr von den geplanten 12 Mio € noch kein einziger Kredit aufgenommen.
Die Entwicklung der Verschuldung verzögert sich, die ursprünglich befürchtete Höhe mit bis zu 75 Mio € (später korrigiert auf 70 Mio €) wird aus heutiger Sicht nicht erreicht werden.

Veränderungen LSV-Ausschuss

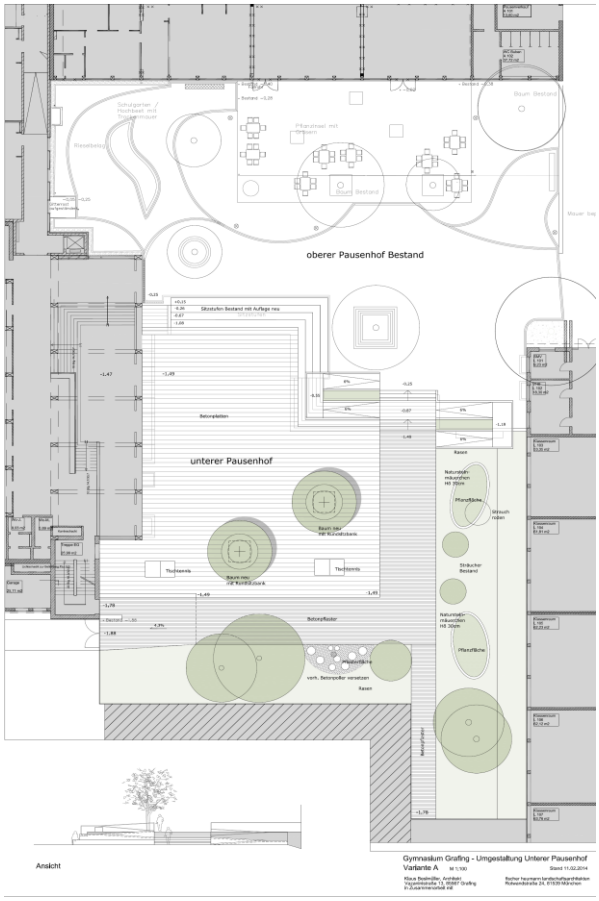
Projekt	Investitions-nummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Neu: Gymn. Grafing; Neubau Pausenhof	956-0014	574.000

Das Projekt ist seit vielen Jahren dringender Wunsch der Schule – die Schule will ihre Rücklagen in Höhe von 50.000 € einbringen.
Inzwischen wurde geklärt, dass dieses Projekt – vor dem Hintergrund der Barrierefreiheit – investiv finanziert werden kann.
Der LSV wird dem KSA und dem Kreistag deshalb vorschlagen, das Projekt auf die Warteliste zu setzen – es dann aber bereits im Haushalt 2015 in den Haushalt einzuplanen.

Herr Neugebauer erklärte, dass zur Überwindung der großen Höhenunterschiede eine Rampe mit mehreren Podesten gebaut werden müsste. Im gesamten Pausenhof sei der Untergrund sehr schlecht und die vorhandene Asphaltschicht, die PAK beinhalte, müsse gesondert entsorgt werden.

Das Gymnasium Grafing sei die Partnerschule der Korbinianschule Steinhöring und somit sei die Umsetzung des Projektes, alleine schon der Inklusion geschuldet, ergänzte Landrat Robert Niedergesäß.

Auf Nachfrage zeigte Herr Neugebauer folgenden Plan des Pausenhofes mit Rampe:



Folgende Punkte wurden zum Projekt Gymnasium Grafing, Pausenhof angesprochen:

Anfrage aus dem Gremium, wie viel von den Gesamtkosten für den Pausenhof auf den gestalterischen Bereich entfalle.

Hinweis von KR und MdL Thomas Huber; es werde derzeit im Landtag über FAG-Mittel zur Förderung von barrierefreien Schulen beraten, daher solle der Landkreis dieses Projekt anmelden.

Anmerkung aus dem Gremium; aufgrund der Ganztagsklassen seien Schulen zwischenzeitlich auch Lebensraum, daher müsse auch der Pausenhof entsprechend gestaltet sein.

Auf den Vorschlag, dieses Projekt bis zur Beratung im LSV-Ausschuss am 15.10. auf die Warteliste zu setzen, antwortete Frau Keller, dass dies aufgrund der Haushaltsplanungen nicht ginge, denn der Haushalt müsse im Dezember 2014 beschlossen werden.

Veränderungen LSV-Ausschuss

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Aufzugsanlage Treppenhaus	960-0005	270.000

Die Kosten sollten wegen allgemeiner Preisanpassungen von 250.000 € auf 270.000 € angepasst werden. Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme von der Warteliste zu nehmen. Das Gebäude wird intensiv genutzt, es ist nicht barrierefrei. Die Aufzugsanlage könnte zu einer wesentlichen Verbesserung beitragen.
Das Projekt wird im LSV-Ausschuss am 15.10.2014 diskutiert. Es ist davon auszugehen, dass dem KSA und KT empfohlen wird, das Projekt 2015 in den Haushalt einzuplanen.

Veränderungen LSV-Ausschuss

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten	957-0008	2.030.000

Das Projekt 4. Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten wurde bereits mit Beschluss des Kreistages vom 28.7.2014 von der Warteliste genommen.

Folgende Punkte wurden zum Projekt zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten angesprochen:

Frau Keller informierte, dass für die Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2.800.000 € eingetragen wurde. Die Kosten wurden in den Jahren 2017 und 2018 mit je 1.400.000 € eingeplant, wobei in 2018 mit einem Zuschuss von 425.000 € gerechnet werde. Sie werde das Thema in der 1. Haushaltslesung vertiefen.

Auf die Anfrage zur Wettkampffähigkeit der Turnhalleneinheit erklärte Landrat Robert Niedergesäß, dass der Gesprächstermin mit der Gemeinde erst im Dezember stattfinden werde.

KR und 2. Bürgermeister der Gemeinde Vaterstetten Martin Wagner erklärte, dass für die Bundesliga-Wettkampffähigkeit eine Hallenhöhe von 9 m, sowie die Abstände zur Grundlinie 9 m statt 3 m wären. Des Weiteren müssten nach zwei Jahren für 1.000 Zuschauer Plätze geschaffen werden. Diese Vorgaben würden den finanziellen Rahmen der Gemeinde sprengen. Es werde eine normale wettkampffähige Turnhalleneinheit entstehen.

Landrat Robert Niedergesäß verwies auf die Finanzleitlinie Seite 4 „**Beteiligung der Gemeinden:** An Baumaßnahmen an Liegenschaften (insb. Sporthallen des Kreises), die nicht dem Zweck des Sachaufwandsträgers Landkreis dienen, haben sich die Gemeinden entsprechend zu beteiligen. Andernfalls wird der nicht dem Zweck des Sachaufwandsträgers dienende Teil der Baumaßnahme nicht ausgeführt.“

Veränderungen LSV-Ausschuss, SFB-Ausschuss

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Bauliche Maßnahmen für die Erneuerung der **Schulküche**	960-B870	rd. 300.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Erneuerung der **Schulküche**	870-xxx	rd. 200.000

Es wird vorgeschlagen, die Erneuerung der Lehrküche in Angriff zu nehmen. Ausführliche Unterlagen über den Diskussionsprozess wurden mit der Sitzungsvorlage versandt.
Von der Umsetzung sind die Teilbudgets des LSV-Ausschusses (Bauliche Maßnahme) sowie des SFB-Ausschusses (Ausstattung).
Die Gesamtkosten sind mit 500.000 € geschätzt.

Veränderungen ULV-Ausschuss

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
EBE 9: Ausbau zwischen Haging und Jakobneuharting – Abschnitt Schaurach (2. BA)	910-09-003	755.000

Die Gesamtkosten sollten wegen allgemeiner Preissteigerungen von bisher 590.000 € auf 755.000 € angepasst werden.
Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme auf der Warteliste zu belassen.

Veränderungen ULV-Ausschuss

Projekt	Investitions-nummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
EBE 8: Ausbau Nettelkofen bis zur Seeschneider Kreuzung	910-08-007	505.000

Das Straßenbauamt erstellt eine Vorplanung für den Grunderwerb. Dies ist für den Landkreis noch nicht mit Kosten verbunden, dient aber als Entscheidungsvoraussetzung für die Feststellung, wo Grunderwerb zu tätigen ist. Das Thema wurde im ULV-Ausschuss am 30.09.2014 beraten. Die Maßnahme hat 3 Entscheidungsbereiche:

- die Straßensanierung
- der begleitende Radweg
- der Kreuzungsbereich (Entscheidung Kreisverkehr oder Ampel)

Die Kosten sollten wegen allgemeiner Preisanpassungen von 485.000 € auf 505.000 € angepasst werden. Es wird vorgeschlagen, die Maßnahme auf der Warteliste zu belassen.

Veränderungen ULV-Ausschuss

EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6:

Inzwischen stellte sich heraus, dass für diese Maßnahme mit Kosten in Höhe von rund 150.000 € zu rechnen ist. Damit ist diese Maßnahme nicht mehr auf der Warteliste zu führen.

Sie kann unmittelbar im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutiert werden. Derzeit ist die Umsetzung für 2016 avisiert.

Bis dahin liegen die Ergebnisse der Straßenzustandsbemessung vor und können in die Entscheidungsfindung einbezogen werden.

Zusammenfassung

Folgende Maßnahmen sollen von der Warteliste genommen werden und in den Haushalt 2015 bis 2018 eingeplant werden:

Projekt	Investitions-nummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten	957-0008	2.030.000
Gymn. Grafing; Neubau Pausenhof	956-0014	574.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Aufzugsanlage Treppenhaus	960-0005	270.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Bauliche Maßnahmen für die Erneuerung der **Schulküche**	960-xxx	rd. 300.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Erneuerung der **Schulküche**	870-xxx	rd. 200.000
EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6	910-20-xxx	150.000

Der Investitionsbedarf erhöht sich um rd. 3,52 Mio € gegenüber der bisherigen Planung.

Auswirkungen auf den Haushalt

Über die bestehende Haushalts- und Finanzplanung hinaus sind Mittel für neue Maßnahmen in Höhe von rd. 3,52 Mio € im Haushalt 2015 ff zusätzlich einzuplanen.

Diese erhöhen den Investitionsbedarf und damit die Verschuldung, soweit es nicht gelingt, diese über Ergebnisüberschüsse zu finanzieren.

Derzeit entwickelt sich aber die Verschuldung des Landkreises niedriger als geplant, weil der Mittelabfluss verzögert eintritt. Es ist absehbar, dass die in der Finanzplanung für 2015 dargestellte Kreditaufnahme in Höhe von 5 Mio € nicht ausreichen wird, dafür ist sicher, dass in diesem Jahr die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 12 Mio € in dieser Höhe nicht benötigt wird.

Beschlussvorschlag – Ergänzung, Vorschlag aus Fraktionssprechersitzung:
Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:
Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:
1. Folgende Investitionsmaßnahmen werden neu in den Haushalt 2015 ff eingeplant:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten	957-0008	2.030.000
Gymn. Grafing; Neubau Pausenhof	956-0014	574.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Aufzugsanlage Treppenhaus	960-0005	270.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Bauliche Maßnahmen für die Erneuerung der **Schulküche**	960-xxx	rd. 300.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Erneuerung der **Schulküche**	870-xxx	rd. 200.000
EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6	910-20-xxx	150.000

Der Investitionsbedarf erhöht sich um rd. 3,52 Mio € gegenüber der bisherigen Planung.

Beschlussvorschlag
2. Folgende Warteliste 2015 wird beschlossen:

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Gymn. Grafing; Erweiterung und Umbau der Pausenhalle im Hochbau	956-xxx	250.000
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Markt Schwaben	958-0008	2.030.000
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Grafing	956-0008	2.030.000
EBE 9: Ausbau zwischen Haging und Jakobneuharting – Abschnitt Schaurach (2. BA)	910-09-003	755.000
EBE 4: Ortsumgehungen Weißenfeld und Parsdorf	910-04-004	>1.200.000
EBE 8: Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung	910-08-007	505.000

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. **Folgende Investitionsmaßnahmen werden neu in den Haushalt 2015 ff eingeplant:**

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Vaterstetten	957-0008	2.030.000
Gymn. Grafing; Neubau Pausenhof	956-0014	574.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Aufzugsanlage Treppenhaus	960-0005	270.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Bauliche Maßnahmen für die Erneuerung der **Schulküche**	960-xxx	rd. 300.000
Landwirtschaftsschule Ebersberg: Erneuerung der **Schulküche**	870-xxx	rd. 200.000
EBE 20: Deckenbau Abersdorf bis EBE 6	910-20-xxx	150.000

Der Investitionsbedarf erhöht sich um rd. 3,52 Mio. € gegenüber der bisherigen Planung.

2. **Folgende Warteliste 2015 wird beschlossen:**

Projekt	Investitionsnummer	Derzeitige Projektgesamtkosten, teilweise Schätzungen
Gymn. Grafing; Erweiterung und Umbau der Pausenhalle im Hochbau	956-xxx	250.000
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Markt Schwaben	958-0008	2.030.000
zusätzliche Turnhalleneinheit am Gymnasium Grafing	956-0008	2.030.000
EBE 9: Ausbau zwischen Haging und Jakobneuharting – Abschnitt Schaurach (2. BA)	910-09-003	755.000
EBE 4: Ortsumgehungen Weißenfeld und Parsdorf	910-04-004	>1.200.000
EBE 8: Ausbau Nettelkofen bis Seeschneider Kreuzung	910-08-007	505.000

einstimmig angenommen

TOP 14	Auslagerung von Aufgaben in Firmen oder Kommunalunternehmen; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.07.2014

2014/2240 SFC / Anträge

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab dem Antragsteller KR Albert Hingerl das Wort. Dieser äußerte seinen Unmut über die Umbenennung des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion. Der ursprüngliche Antragstitel lautete: „Gründung einer gemeinnützigen GmbH oder eines Kommunalunternehmens für kostenintensive Landkreisaufgaben“.

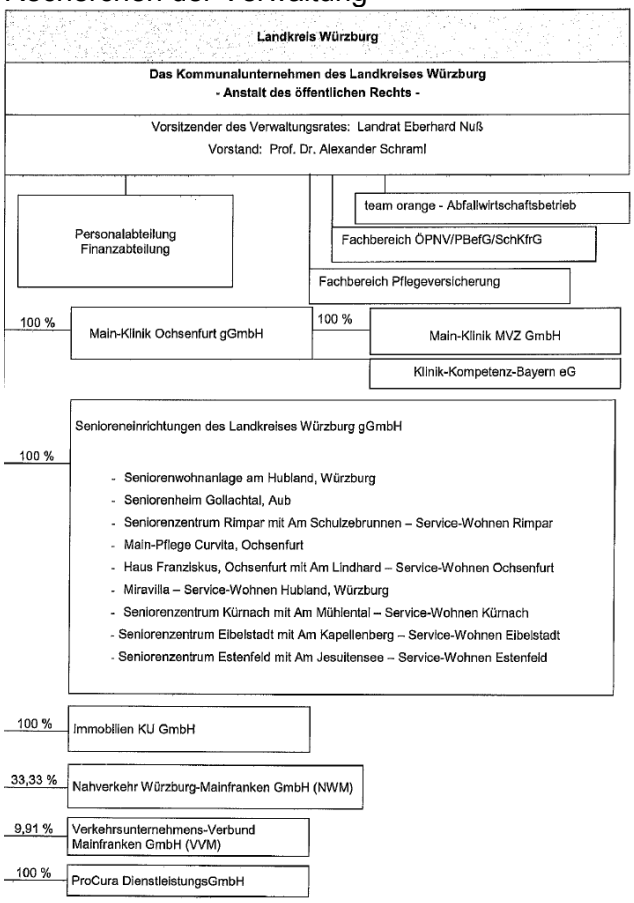
Frau Keller erklärte, dass dies künftig nicht mehr vorkommen werde. Sie erläuterte die Ergebnisse des Prüfauftrages anhand einer Präsentation.

Prüfauftrag, die Gründung einer gemeinnützigen GmbH bzw. eines Kommunalunternehmens zu prüfen.
Ziel: Ausgewählte, kostenintensive Landkreisaufgaben in das Unternehmen zu verlagern, um diese kostengünstiger ausführen zu können.

↓

Jüngere Erfahrungen mit diesem Thema liegen nicht vor, lediglich die Gründung einer neuen Aufgabe wurde erst kürzlich vollzogen (Energieagentur wurde als gGmbH gegründet, die in 100%iger Eigentümerschaft des Landkreises steht).
Die letzte Auslagerung war die Kreisklinik gGmbH.

Recherchen der Verwaltung



Kontaktaufnahme mit dem Bayer. Landkreistag

↓

Empfehlung: Landkreis Würzburg, das dortige Modell wurde mit der Sitzungsvorlage verschickt.

Dortige Auslagerungen:
Abfallwirtschaft
Nahverkehr
Dienstleistungsgesellschaft
Kliniken
Altenhilfe: Senioreneinrichtungen

Inhaltliche Vorbereitung
Es entstehen zahlreiche Fragestellungen:
Welche Landkreisaufgaben eignen sich zur Auslagerung?
Wie kann die Wirtschaftlichkeit geprüft werden?
Welche Rechtsform ist die Richtige?
Welche Erfahrungen liegen vor, insb. auch bei der Auslagerung sozialer Aufgaben?
Personalkosten: unterschiedliche Tarifverträge und Auswirkungen

Daraus entstand der Vorschlag, den Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, Herrn Prof. Dr. Schraml nach Ebersberg einzuladen.

Weiteres Vorgehen
In der heutigen Sitzung soll geklärt werden:
Welche weiteren Fragestellungen sind zu bearbeiten?
In welches Gremium soll Herr Prof. Dr. Schraml eingeladen werden (KSA oder Kreistag)?
Sollen weitere Fachleute zu diesem Thema befragt werden und falls ja, welche?

Beschlussvorschlag
Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:
Herr Prof. Dr. jur. Alexander Schraml wird zu einer der nächsten Sitzungen des Kreis- und Strategieausschusses eingeladen um über seine Erfahrungen mit dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg zu berichten.
Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.7.2014 wird weiter verfolgt.

Folgende Punkte wurden aus dem Gremium angesprochen und diskutiert:

Anmerkung aus dem Gremium, dass im Kreistag mehr Kreisräte erreichbar seien für den Vortrag und die anschließende Diskussion.

Bedenken aus dem Gremium, dass die bisherige Erfahrung mit ausgelagerten Unternehmen, wie bei der Kreisklinik gGmbH zeigen, dass es hier mehr Intransparenz gebe. Der „normale“ Kreisrat erfahre, trotz gleicher Verantwortung, weniger.

Vorschlag aus dem Gremium; einen Arbeitskreis zu gründen, um die noch offenen Fragen zu klären und eine „denkfreie Zone“ zu haben.

Landrat Robert Niedergesäß hielt kurz den Konsens im Gremium fest; einen Arbeitskreis mit jeweils einem Vertreter der Fraktionen zu gründen, der nur einmal tagt, um einen Fragenkatalog zu erstellen.

Folgende Kreisräte erklärten sich bereit bzw. wurden benannt, um bei dem Arbeitskreis mitzuwirken:

Alexander Müller,	CSU-FDP-Fraktion
Dr. Ernst Böhm,	SPD-Fraktion
Reinhard Oellerer	Die Grünen / Bündnis 90-Fraktion
Christian Eckert	Ausschussgemeinschaft AfD-BP-ödp

KR Georg Reitsberger werde für die FW-Fraktion noch die mitwirkende Person mitteilen.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Herr Prof. Dr. jur. Alexander Schraml wird zu einer der nächsten Sitzungen des Kreis- und Strategieausschusses eingeladen, um über seine Erfahrungen mit dem Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg zu berichten. Zur inhaltlichen Vorbereitung soll eine Arbeitsgruppe aus Vertretern jeder Fraktion und der Ausschussgemeinschaft zusammentreten und einen Fragenkatalog erarbeiten.

2. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 23.7.2014 wird weiter verfolgt.

einstimmig angenommen

TOP 15	Verfahren zur Ermittlung der Eckwerte; Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.08.2014

2014/2239 SFC/HH 2015/Anträge

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß führte kurz in den Tagesordnungspunkt ein und erläuterte den Ursprung des Antrages mit dem Tenor: „Optimierung der Eckwertefeststellung“. Dieser begründete sich aus der Juli-Sitzung zur Eckwertediskussion des LSV-Ausschusses, indem der Finanzvorschlag der Stabsstelle Finanzen und Controlling eine Erhöhung von 1,1 Mio. € ohne nähere Begründung nicht vorsah.

Frau Keller erklärte, dass auch hier eine Umbenennung des ursprünglichen Antragstitels vorgenommen wurde, was künftig nicht mehr erfolgen werde. Sie hatte zu diesem Antrag folgende Präsentation vorbereitet, die gezeigt wurde.

Der SPD-Antrag

Im Rahmen der Eckwerteberatung und Beschlussfassung in den Kreisgremien werden zukünftig die zuständigen Sachgebiete des Landratsamtes frühzeitig eingebunden, d.h., die verantwortlichen Mitarbeiter der jeweiligen Sachgebiete sind bei den Sitzungen anwesend und stehen für Fragen zur Verfügung.

Diskussion in der AG PuV

- Eine generelle Anwesenheit von Abteilungs- und Sachgebietsleitern wird nicht befürwortet, es gibt zu viele Verantwortliche, ein Einzelner kann die Eckwertefrage nicht beantworten, weil er nur einen Teil des Eckwertes verantwortet.
- Im JHA und LSV gibt es (fast) eine Identität zwischen Teilbudget und Fachausschuss – diese Sachgebietsleitungen sollten zum jeweiligen Teilbudget an der Eckwertesitzung teilnehmen.
- In der vorberatenden Sitzung der Fraktionssprecher eine Woche vor der Sitzung könnte festgelegt werden, ob und ggf. welche Sachgebietsleiter an der Sitzung teilnehmen sollen.
- Einen Entscheidungsvorschlag wollte die AG PuV nicht vorbereiten.

Beschlussvorschlag:
Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

1. Zu den Eckwerteberatungen stehen künftig auch die verantwortlichen Mitarbeiter des Landratsamtes auf Anforderung von Mitgliedern des Kreistags für Fragen zur Verfügung.
2. Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.8.2014 ist damit entsprochen.

KRin Elisabeth Platzer merkte zum Beschlussvorschlag an, dass auch die zuständigen Abteilungsleiter für den LSV- und JH-Ausschuss die Diskussion zum Teilbudget mitbekommen und daher auch in der Sitzung anwesend sein sollen.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

1. **Zu den Eckwerteberatungen stehen künftig auch die verantwortlichen Mitarbeiter des Landratsamtes auf Anforderung von Mitgliedern des Kreistags für Fragen zur Verfügung. Bei den Beratungen zu den Eckwerten der Teilbudgets des Jugendhilfeausschusses sowie des LSV-Ausschusses werden die zuständigen Sachgebiets- und Abteilungsleiter von Beginn des Tagesordnungspunktes an hinzugezogen.**
2. **Dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 25.8.2014 ist damit entsprochen.**

einstimmig angenommen

TOP 16 Jahresabschluss 2013 des Sondervermögens Kreisklinik Ebersberg

2014/2186 SFC/HH 2013/ JA KK SoV

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Leiterin der Stabsstelle Finanzen und Controlling

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und übergab das Wort an Frau Keller.

Bei den Verlusten aus den Anlagenabgängen handle es sich um die „Buchwertabgänge“ des Grundstücks, das veräußert wurde, um das Parkhaus (durch die Kreisklinik gGmbH) bauen zu können. Der erzielte Verkaufserlös wurde an die Klinik gGmbH zur Finanzierung des Parkhauses weitergegeben. Dadurch konnte das Eigenbeteiligungsdarlehen reduziert werden.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Der Kreis- und Strategieausschuss nimmt den Jahresabschluss 2013 des Sondervermögens Kreisklinik in Höhe von - 614.863,80 € (Verlust) zur Kenntnis.

Er wird zur örtlichen Prüfung an das Revisionsamt weitergeleitet.

einstimmig angenommen

Landrat Robert Niedergesäß stellte fest, dass bei der Beschlussfassung die Kreisräte Martin Wagner, Udo Ockel und Albert Hingerl nicht anwesend waren.

TOP 17 Beteiligungsmanagement; CliniService Ebersberg GmbH an der Kreisklinik

2014/2246 SFC/ Beteiligungsmanagement/KK/2014

Landrat Robert Niedergesäß rief den Tagesordnungspunkt auf und erklärte, dass die Sitzungsvorlage erst letzten Donnerstag per E-Mail versandt werden konnte, da die Mitarbeiter vorher über die Übernahme schriftlich informiert werden sollten.

Zum Sachinhalt der Sitzungsvorlage, die auch als Tischvorlage ausgeteilt wurde, teilte Landrat Robert Niedergesäß folgendes mit:

Die CliniService Ebersberg GmbH (CSE) sei eine 100%ige Tochter der Kreisklinik gemeinnützige GmbH und sei zum 1.6.2004 gegründet worden. Die CliniService Ebersberg GmbH erbringe Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich, insb. im Zusammenhang mit dem Betrieb der Kreisklinik Ebersberg gGmbH.

Der Aufsichtsrat diskutierte am 22.9.2014 die Abwicklung der CSE und fasste auszugsweise folgenden Beschluss:

1. *Der Aufsichtsrat stimmt dem Vorschlag der Geschäftsführung zu, alle Mitarbeiter der CSE GmbH zum 01.01.2015 in die Kreisklinik Ebersberg gGmbH zu transferieren. Dabei ist selbstverständlich darauf zu achten, dass kein Mitarbeiter der CSE GmbH dadurch zum Zeitpunkt des Transfers Einkommensnachteile erleiden muss (Besitzstandswahrung).*
2. *Der Aufsichtsrat empfiehlt dem Gesellschafter (Landkreis Ebersberg), also indirekt dem Kreistag, den Beschluss zu fassen, den oben genannten Beschluss des Aufsichtsrates zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die Geschäftstätigkeit der CSE GmbH ab 01.01.2015 auf unbestimmte Zeit ruhen zu lassen.*

Geschäftsleitung, und Personalleitung und der Vorsitzende des Aufsichtsrates schlugen die Abwicklung vor. Die Wiedereingliederung der Mitarbeiter aus der CSE GmbH in die Kreisklinik Ebersberg gGmbH sei wirtschaftlich vertretbar und moralisch angezeigt. Die damalige Gründung war vor allem wegen Personalkosteneinsparungen vollzogen worden. Inzwischen offenbaren sich allerdings erhebliche Nachteile der CSE. Es finde eine Ungleichbehandlung vor allem bei der Arbeitszeit statt, teilweise weichen die Gehälter voneinander ab. Die CSE habe mit einer hohen Personalfluktuation zu kämpfen und es sei schwer, qualifizierte Mitarbeiter zu finden.

In der CSE seien derzeit rund 70 Mitarbeiter beschäftigt. Die Mehrpersonalkosten nach Überleitung in die Klinik gGmbH betragen knapp 140.000 € pro Jahr. Die Mitarbeiter profitierten unterschiedlich davon. Während rund die Hälfte der Mitarbeiter Besitzstandswahrung in Anspruch nehmen kann (sie verdienten im Tarifvertrag der CSE u.a. wegen der höheren wöchentlichen Arbeitszeit mehr als im Tarifvertrag des TVöD), profitiere die andere Hälfte.

Als Vorteile der Überleitung in einen einheitlichen Tarifvertrag seien vor allem bessere Motivation durch gleiche Arbeitsbedingungen zu nennen. Dadurch solle auch die Mitarbeitergewinnung und –bindung verbessert werden. Zusätzlicher administrativer Aufwand durch die Verwaltung der CSE entfalle. Angesichts der meist positiven Jahresergebnisse (Ausnahme nur 2012) sei eine Mehrbelastung bei den Personalkosten in Höhe von knapp 140.000 € vertretbar.

Die CliniService GmbH solle aber nicht endgültig liquidiert werden. Dies, bzw. die spätere Neugründung einer Kapitalgesellschaft für andere Zwecke (z.B. Gesundheit-Oberbayern) würde erhebliche Kosten mit sich bringen (bis zu 10.000 €). Die Nutzung der Firma für andere Unternehmenszwecke sei derzeit aber nicht vorgesehen und auch nicht absehbar.

Landrat Robert Niedergesäß ließ über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreis- und Strategieausschuss fasste folgenden Beschluss:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Der Landrat wird beauftragt, in der Gesellschafterversammlung der Kreisklinik Ebersberg gGmbH folgenden Beschluss zu erwirken:

Der Landkreis stimmt der vollständigen und nachteilsfreien Übernahme des Personals der CliniService GmbH durch die Kreisklinik Ebersberg gGmbH zum 01.01.2015 zu. Die CliniService GmbH soll auf unbestimmte Zeit ruhen.

einstimmig angenommen

Landrat Robert Niedergesäß stellte fest, dass bei der Beschlussfassung Kreisrat Martin Wagner nicht anwesend war.

TOP 18 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Landrat Robert Niedergesäß erteilte Herrn Neugebauer das Wort, der die Zustimmung zur Mitgliedschaft der Energieagentur bei der „Zusatzversorgungskasse der Bayer. Gemeinden“ durch Beschluss als Bekanntgabe von Eilentscheidungen auf die Tagesordnungspunkt setzen wollte, was aufgrund der Nichtvollständigkeit des Ausschusses nicht mehr möglich war.

TOP 19 Informationen und Bekanntgaben; Mandatsverlust von KR Alois Speckbacher

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer teilte dem Gremium mit, dass KR Alois Speckbacher sein Mandat verliere, weil er aus dem Landkreis Ebersberg weggezogen sei und keinen Wohnsitz im Landkreis mehr habe. In der Sitzung des Kreistages am 20.10.2014 werde darüber beschlossen und sein Nachrücker werde Herr Franz Xaver Garhammer, Landwirt sein.

TOP 20 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

An der Beratung nahmen teil: Norbert Neugebauer, Leiter Büro Landrat

Herr Neugebauer teilte mit, dass in der nichtöffentlichen Sitzung des Kreis- und Strategieausschusses am 14.07.2014 die Spendenliste genehmigt wurde.

TOP 21 Anfragen

keine

Landrat Robert Niedergesäß schloss die öffentliche Sitzung um 18:05 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.